



Von Nischen und Infrastrukturen

Herausforderungen und neue Ansätze politischer Technologien

Felix Stalder

Die sozialen und politischen Realitäten der Digitalisierung und Vernetzung sind heute von zwei konstitutiven, aber grundsätzlich unterschiedlichen, ja teilweise sogar entgegengesetzten Dynamiken geprägt. Beide stellen den Medienaktivismus vor neue Herausforderungen. Zum einen können wir ein Aufblühen neuer kultureller Nischen und horizontaler Organisationsformen beobachten. Zum anderen erleben wir gleichzeitig eine enorme Zentralisierung und Konzentration auf der Ebene der Plattformen, welche einen grossen Teil der infrastrukturellen Grundlage des Wachstum der Nischen und neuen Kooperationsmuster darstellen. Nachdem der Aufbau alternativer Infrastrukturen – Zeitschriften, TV Kanäle und Internetplattformen – in den ersten 30 Jahren medienaktivistischer Projekte eine grosse Rolle gespielt hat (Stalder 2008) sind diese Fragen in den letzten 10 Jahren etwas in den Hintergrund getreten. Denn die Komplexität der Infrastrukturen nahm stetig zu, was

es immer aufwendiger machte, sie zu betreiben und die neuen, offene Plattformen, wie sie für Web 2.0 typisch sind, stellten allen - scheinbar ohne Einschränkungen - mächtige Werkzeuge zu Verfügung. Warum eine eigene Plattform betreiben, wenn grosse professionelle Anbieter das besser, sicherer und kostenfrei anbieten? Heute sind die Probleme dieser Entwicklungen aber deutlich zu erkennen. Im Folgenden werden die Herausforderungen dieser Nischenbildung, die dunkle Seite der zentralisierten Infrastrukturen sowie die darauf reagierenden, neue Entwürfe für de-zentrale Infrastrukturen skizziert.

Die zwiespältige Blüte der Nischen

Die Digitalisierung und Vernetzung hat zweifelsohne den Kreis derjenigen, die Beiträge zu öffentlichen Diskursen aller Art produzieren, vertreiben und nutzen können, enorm verbreitert. So sind etwa die Produktionskosten vieler medialer Inhalte deutlich gesunken – der Laptop, der als Musikstudio dient und ein umfangreiches, teilweise illegal erworbenes Archiv der Musikgeschichte enthält, steht exemplarisch für diese Entwicklung. Inhalte lokal und global anbieten zu können ist ebenfalls nicht mehr an den Zugang zu einer teuren, exklusiven Infrastruktur gebunden. Die populärsten, selbst-generierten Videos erreichen heute Zuschauerzahlen, die bis vor Kurzem nur Fernsehstationen zu Stande brachten. Es stehen mit Suchmaschinen, sozialen Netzwerken und kooperativen Plattformen Werkzeuge bereit, die es ermöglichen, diese enorme Vielfalt an kulturellem Material zu navigieren. Parallel dazu hat sich durch eine veränderte formale und informelle Ausbildungslandschaft die kulturelle Kompetenz der Medienproduktion ebenfalls stark erweitert (Manovich 2009). Dies sowohl

im professionellen als auch im nicht-professionellen Bereich, wobei diese beiden Sektoren sich stark überlappen und auch in der individuellen Praxis oftmals nicht scharf getrennt sind. Entsprechend unscharf oder variabel ist auch die Grenze zwischen Produktion und Rezeption kultureller Werke geworden (Stalder 2011).

Der von der Kulturindustrie unter beträchtlichem Aufwand hergestellte Mainstream erodiert. Brauchte es in Deutschland in den 1990er Jahren noch 250.000 verkaufte Alben, um eine goldene Schallplatte zu erhalten, wird diese Auszeichnung heute schon ab 100.000 verkaufter Exemplare verliehen. Stattdessen florieren die Nischen. Künstler, Fans und kleinere bis mittlere Unternehmen organisieren sich ihre eigenen Öffentlichkeiten, in denen spezialisierte kulturelle Produkte zirkulieren und entsprechende symbolische Praktiken und Referenzsysteme ausbilden. Soziale Medien mit ihren Möglichkeiten der kontinuierlichen Kommunikation sorgen für die notwendige Bindungskraft und Nähe (bzw. deren Simulation), die die klassischen Massenmedien strukturell nicht leisten können. Der "Long Tail" (Anderson 2006), das weite Feld mehr oder weniger marginaler Kulturproduktion, wird nicht nur länger, sondern weil neue Verwertungsmöglichkeiten entstehen – wenn etwa Fans die Tourneen von Musikern (mit)organisieren – auch nachhaltiger (Belsky *et al* 2010). Es lässt sich durchaus leben in der Nische. In Ausnahmefällen können Nischen auch sehr groß werden – man denke etwa an Wikipedia – aber auch dort zeigen sich die charakteristischen Merkmale neuer digitaler Produktion: schwache Trennung zwischen Produzenten und Rezipienten, flache Hierarchien, hoher Grad interner Kommunikation, der bis zur Selbstreferentialität reichen kann, und ökonomische Modelle jenseits des Verkaufs standardisierter Produkte in anonymen Märkten. Alles in allem lässt sich wohl von einer Demokratisierung der kulturellen Landschaft, von einer Erweiterung der "semiotischen Demokratie" (Fischer 2004) sprechen, eine Entwicklung, deren Folgen weit über die Kultur im engeren Sinne hinausgehen (Shirky 2008).

Aus einer kritisch-politischen Perspektive betrachtet ist die Entwicklung allerdings auch als höchst problematisch zu betrachten, denn sie führt zu

einer enormer Fragmentierung der diskursiven Landschaft. Der Aufbau von Nischen bedeutet eben nicht nur die Möglichkeit, neue SprecherInnen und Themen in eine (Teil-)Öffentlichkeit bringen zu können, sondern auch, dass nischenspezifische kommunikative Rahmenbedingungen und Referenzsysteme aufgebaut werden müssen. Damit diese dauerhaft und identitätsstiftend sind, müssen sie sowohl einigermaßen kohärent – interne Spannungen und Kritik müssen minimiert werden – als auch spezifisch sein – der Unterschied zu anderen kommunikativen/kulturellen Nischen ist hervorzuheben. Dies führt zur Tendenz, dass sich diese Nischen nach innen homogenisieren und nach außen voneinander entfremden und sich gegenseitig ausblenden können. Dies ist keine neue Kritik, vielmehr wurde sie unmittelbar nach den ersten, euphorischen Personalisierungsversprechen (Negroponte 1995) bereits geäußert. Andrew Shapiro etwa wies darauf hin, dass Meinungsfreiheit bedroht sein könnte, denn in einem echten, politischen Sinne (und nicht nur rein formal betrachtet) beruhe sie "auf einem unausgesprochenen Kompromiss zwischen dem unpopulären Sprecher und dem Hörer wider Willen" (1998: 127, meine Übersetzung). Wenn nun jeder in der Lage sei, Dinge, die er oder sie nicht hören möchte, einfach auszublenden, dann würde genau dieser Kompromiss, der darauf beruht, bereit zu sein, auch einmal etwas zu hören, das man eigentlich nicht hören möchte, untergraben. Anstatt eines gesellschaftlichen Dialogs entstünde eine Kultur der Selbstbespiegelung und des An-Einander-Vorbei-Redens (Sustein 2001). In der Euphorie der "great conversation" des Bloggings fiel diese Kritik zunächst auf weitgehend taube Ohren. Oder sie wurde mit Hinweis auf quantitativ feststellbares Cross-Linking (von einer politischen Seite zur anderen) explizit abgelehnt (Benkler/Shaw 2010). Neuere qualitative Untersuchungen scheinen die Kritik jedoch zu bestätigen. Denn sie weisen darauf hin, das Cross-Linking meist dazu dient, bereits festgelegte Meinungen zu bestätigen. Auf die andere politische Seite wird primär verlinkt, um die eigene Meinung, dass die andere Seite im Unrecht ist, zu bestätigen, und gerade nicht, um die eigene Meinungen in Frage zu stellen (Karine & Hemsley 2011).

Für den Medienaktivismus, der auf die Produktion alternativer Medieninhalte abzielt, bedeutet dies, dass es immer schwieriger wird, diese Formen der selbst-produzierten Fragmentierung zu durchbrechen. Die Gefahr besteht, in der eigenen Nische stecken zu bleiben. Dieses Problem ist die zwar unintendierte Folge, von - immerhin - selbstbestimmten Handlungen, in dem Sinne, dass Nutzer sich bewusst entscheiden, innerhalb gewisser kognitiver Kontexte zu verbleiben, beziehungsweise andere Inputs aktiv auszublenden. Auf dieser Ebene der bewussten, autonomen Setzungen liegen auch die Ansätze, dieses Problem zu überwinden. Eine Strategie kann es sein, partielle und zeitlich begrenzte Allianzen zu entwickeln, die es erlauben, dass Informationen und Ressourcen in eng begrenzten Kontexten quer zu den Nischen fließen, ohne deren Spezifität und Inkommensurabilität in anderen Kontexten in Frage zu stellen: die Verbindung von Singularitäten (Hart/Negri 2010).

Die dunkle Seite der kommerziellen Plattformen

Dies ist aber nicht die einzige Herausforderung, die den Medienaktivismus zunehmend schwierig macht. Viele dieser dezentralisierenden, alles-in-allem freiheitsfördernden Entwicklungen beruhen heute auf einer hochgradig zentralisierenden Infrastruktur. Mit Apple, Facebook, Google etc. sind mächtige neue Akteure der Kulturindustrie entstanden, die nicht mehr auf die Produktion und Vervielfältigung kultureller Inhalte ausgerichtet sind, sondern auf das Herstellen und Verwalten von Beziehungen, sei es zwischen Personen, oder zwischen Personen und Gütern. Hier, auf der Ebene der Plattformen wirken ökonomische Größenvorteile der Vielfalt entgegen. Zum einen,

weil Grundinvestitionen in solche Plattformen hoch sind, aber es wenig Kosten verursacht, weitere Nutzer aufzunehmen. Zum anderen weil Netzwerkeffekte dazu führen, dass grosse Plattformen attraktiver sind als kleine, was zu einem sich selbst verstärkenden Trend der Konzentration führt. Wer Facebook beitrifft, tut das in erster Linie, weil alle andere bereits dort sind, nicht weil Facebook Funktionen anbietet, die sonst nirgends zu finden wären. Diese Entwicklung ist problematisch aus zwei Gründen. Es entstehen neue (Quasi-)Monopole, die ihre Marktmacht ausnützen. Sowohl Apple, mit iTunes und AppStore, als auch Google, besonders mit Google Books, zeigen deutlich, dass die Inhaber dominanter Plattformen sehr viel Macht gegenüber ihren Nutzern (Produzenten und Rezipienten) gewonnen haben, und sich auch nicht scheuen, diese Macht in ihrem eigenen Interesse einzusetzen. Erst unter großem Druck veröffentlichte Apple etwa seine Richtlinien für die Zulassung von Apps in die exklusive Verkaufsplattform (App Store). In diesen Richtlinien steht unter anderem, dass man sich im Falle einer Ablehnung zwar an eine interne Rekursinstanz wenden kann, aber sich davor hüten soll, an die Öffentlichkeit zu gehen: „If you run to the press and trash us, it never helps.“ Ob es sich hier um einen sachlichen Hinweis oder eine Drohung handelt, liegt wohl in der Einschätzung des Lesers.

Während diese Form der Monopolmacht relativ konventionell ist, haben andere Quellen der Macht der Plattformen eine neue Qualität erreicht. Weil digitale Kommunikation sehr viele Spuren hinterlässt und die Plattformen konstruiert sind, um die Menge und Qualität dieser Spuren zu optimieren, gelingt es den Betreiberfirmen der zentralen Plattformen detailliertes, umfassendes Wissen über die Dynamiken der Gesellschaft in Echtzeit zu erlangen (Zittrain 2008). Dieses Wissen bildet die Grundlage klassischer, bürokratischer Macht, denn mit dem zeitnahen Wissen über die Dynamiken gehen Möglichkeiten des Eingriffs in die Dynamiken einher. Besonders Suchmaschinen erweisen sich nicht nur als Mittel der Echtzeitbeobachtung, sondern liefern auch ganz neue Grundlagen zur Vorhersage kollektiven Handelns, denn dieses folgt im Normalfall gewissen Regelmäßigkeiten. So lassen sich etwa die Ergebnisse des für Blockbuster-Filme kommerziell so wichtigen Eröffnungswochenendes

erstaunlich gut aus Suchanfragen der Vorwochen prognostizieren (Sharad *et al* 2010). Man kann nur vermuten, auf welche anderen Gebiete sich die selben statistischen Methoden sonst noch anwenden lassen und welche Möglichkeiten des Einflusses auf in Entstehung begriffene, kollektive Phänomene sich daraus ergeben. Dies ist schwierig festzustellen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil diese Eingriffe im Hintergrund geschehen und kaum an die Oberfläche dringen. Wie können wir einen Eingriff ermessen, auf Grund dessen etwas nicht zustande gekommen ist, eine Vernetzung nicht stattgefunden hat, eine Bewegung sich nicht bilden konnte?

Sichtbar geworden sind allerdings viele traditionelle Formen der Kontrolle, die von diesen Plattformen zunehmend ausgeübt werden. Kurz nach der vor allem in den US-amerikanischen Medien als „Facebook Revolution“ bezeichneten Aufständen in Tunesien und Ägypten (Taylor 2011) ließ etwa die israelische Regierung eine Facebook-Seite schließen, die zur dritten Intifada aufrief und rund 330.000 „followers“ hatte. Facebook, das sich zunächst gegen die Löschkaktion ausgesprochen hatte, änderte die Meinung, nachdem der israelische Minister für Public Diplomacy and Diaspora Affairs, Yuli Edelstein, direkt bei Marc Zuckerberg interveniert hatte.[1] Knapp einen Monat später wurden im Vorfeld der königlichen Hochzeit über 50 Seiten englischer Protestorganisationen von Facebook gelöscht.[2] Die Repressalien gegen WikiLeaks haben deutlich gezeigt, wie schnell unliebsame Inhalte von zentralisierten Webinfrastrukturen gelöscht werden können, oftmals als Folge direkter politischer Intervention (Wikileaks' Zugang zu den cloud Dienstleistungen von Amazon.com wurde etwa aufgrund einer Intervention von Senator Lieberman von einem Moment auf den anderen terminiert).[3] Dies sind nur die offensichtlichsten Beispiele dafür, dass viele der offenen Infrastrukturen, die für politische Projekte lange Zeit sehr attraktiv waren, zunehmend restriktiver werden. Zum einen, weil kommerzielle Interessen stärker in den Vordergrund treten (nach der Anfangsphase, in der Wachstum an erster Stelle der Bemühungen lag), zum anderen, weil der Druck mächtiger Institutionen auf die Betreiber zugenommen hat. Noch vor wenigen Jahren hätte der israelische Minister wohl Facebook gar nicht

gekannt, beziehungsweise es als rein privates Tool verstanden. Als Folge solcher nun alltäglicher Interventionen stellen diese Infrastrukturen nun unkalkulierbare Risiken für politische Nutzungen dar, denn weder sind die Nutzungsbedingungen transparent, noch gibt es verlässliche Mechanismen, mit denen Nutzer ihre Nutzungsrechte innert nützlicher First durchsetzen können. Die Möglichkeit über öffentliche Kampagnen Druck auszuüben, besteht nur in den wenigsten Fällen und wirkt auch dann im besten Fall relativ langsam. Die sozialen Medien haben ihre Unschuld verloren. Sie zeigen immer deutlicher, in welchem Ausmaß sie zentralistische Herrschaftsmechanismen inkorporieren.

Aus medienaktivistischer Perspektive stellt sich damit die Frage, wie die emanzipatorischen Dimensionen der horizontalen Vernetzung gestärkt werden können, ohne die kontrollierenden Dimensionen der zentralisierenden Plattformen zu akzeptieren. Denn die Vernetzung ist heute so weit fortgeschritten, dass niemand mehr daran glaubt, das Problem umgehen zu können, in dem man diese Technologien einfach nicht nutzt. Damit rückt die Frage der Architektur und Kontrolle der Infrastruktur wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit. In den letzten Monaten wurde eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht, beziehungsweise mit neuer Aufmerksamkeit diskutiert, die alle gemeinsam haben, dass sie die Vernetzung der Nutzer fördern, aber die Bereitstellung und Kontrolle der Infrastruktur dezentralisieren wollen.

Neue, dezentrale Plattformen und Protokolle

Ich möchte im Folgenden drei Projekte herausgreifen: Thimbl.net, freedom box und bitcoin. Die ersten beiden Projekte stammen aus dem linken politischen Spektrum, das dritte Projekt aus dem markt-libertären Umfeld, wobei diese Kategorisierungen nur bedingt relevant sind, denn es handelt sich um relativ offene Plattformen, deren explizites Ziel es ist, die Autonomie der Nutzer zu stärken. Thimbl.net ist eine dezentrale Micro-Blogging Plattform, entwickelt vom Telekommunisten Kollektiv in Berlin. Es bildet konzeptionell das Gegenstück zu Twitter.com, der bekanntesten Micro-Blogging Plattform. Diese zentralisiert alle Daten auf seinen eigenen Servern. Damit schafft sie nicht nur Abhängigkeiten von ihren

ständig ändernden Geschäftsbedingungen, die von den Betreibern immer zu ihrem eigenen Vorteil angepasst werden können. Es entsteht auch eine enorme Datensammlung, deren Überwachungspotential den staatlichen Sicherheitsorganen nicht verborgen geblieben ist. Im Kontext der Ermittlungen gegen WikiLeaks musste Twitter Verbindungsdaten gewisser Nutzer aushändigen, obwohl diese den Service in legaler Weise nutzten. Thimbl.net hingegen dezentralisiert die Infrastruktur, in dem es jedem erlaubt, einen Server zu betreiben, der mit allen anderen Servern des Netzwerks in Verbindung steht. So können Nachrichten von einem Server zum anderen fließen, ohne dass einer davon über alle Daten verfügt. Sollte ein Nutzer von einem Server gelöscht werden, kann er sich bei einem anderen anmelden oder einen eigenen Server betreiben und wieder auf das ganze Netzwerk zugreifen. Server können in jene Jurisdiktion wechseln, die ihnen den größten Schutz verspricht. Damit verliert sich der zentrale Kontrollpunkt, der so typisch ist für die kapitalgetriebenen Web2.0 Plattformen (Kleiner, 2010). Aktuell ist Thimbl.net aber weniger ein ernsthafter Konkurrent für Twitter als "proof of concept". Mit bestehenden, teilweise sehr alten Technologien – Thimbl.net beruht auf dem "finger"-Protokoll, welches 1977 veröffentlicht wurde – lassen sich dezentrale Infrastrukturen aufbauen, die ein hohes emanzipatorisches Potential aufweisen.

Mit dem Anspruch, tatsächlich eine im grossen Stil einsetzbare alternative Plattform zu entwickeln tritt hingegen die Freedom Box Foundation auf, deren Aktivisten aus dem Umkreis der Freien Software Bewegung kommen und die von Eben Moglen, dem Autor der GNU GPL, der ursprünglichen und nach wie vor meistverwendeten freien Lizenz, geleitet wird. Sie beschreiben ihre Motivation folgendermassen:

"Why Freedom Box? Because social networking and digital communications technologies are now critical to people fighting to make freedom in their societies or simply trying to preserve their privacy where the Web and other parts of the Net are intensively surveilled by profit-seekers and government agencies. Because smartphones, mobile tablets, and other common forms of

consumer electronics are being built as "platforms" to control their users and monitor their activity.

FreedomBox exists to counter these unfree "platform" technologies that threaten political freedom. FreedomBox exists to provide people with privacy-respecting technology alternatives in normal times, and to offer ways to collaborate safely and securely with others in building social networks of protest, demonstration, and mobilization for political change in the not-so-normal times."[4]

Die Freedombox wird entwickelt, um auf sogenannten „plug servern“ zu laufen. Dies sind kleine, billige, netzwerkfähige Computer, von der Grösse eines Netzteils, die einfach nur in den Steckdose gesteckt werden müssen.[5] Für diese Hardwareklasse wird nun ein Bündel Freier Software geschrieben, das soziale Netzwerkfunktionalitäten, private Kommunikation und sogenannte Mesh-Netzwerke (Medosch, 2003) auf dezentraler Basis ermöglicht. Das ausserordentlich ambitionierte Ziel ist es, Facebook, Twitter etc. durch eine Infrastruktur zu ersetzen, die sich zentraler Kontrolle entzieht und die hochgradig redundant ist. Auch wenn einzelne Server ausfallen, soll die Kommunikationsfähigkeit des Netzwerks als Ganzes nicht bedroht sein. Mesh-Netzwerke würden es etwa unmöglich machen, das "Internet auszuschalten", in dem man wenige große Provider dazu bringt, die Verbindungen zu unterbrechen. Daten könnten zumindest lokal immer noch von Knoten zu Knoten direkt übertragen werden. Um dies zu unterbinden, müsste dann schon der elektrische Strom gekappt werden. Das Projekt ist noch sehr neu, die Stiftung wurde erst im Februar 2011 gegründet, aber es trifft offensichtlich eine weitverbreitetes Bedürfnis, neue Infrastrukturen zu schaffen, die die Organisationsfähigkeit erhöhen und Kontrollpunkte verhindern. Inert weniger Tage wurden über die crowd-funding Plattform kickstarter.com über \$85.000 gesammelt, obwohl im Spendenaufruf zunächst nur 60.000 genannt wurden.[6]

Noch radikaler gegen zentrale Kontrollpunkte geht Bitcoin[7] vor. Bitcoin ist elektronisches Geld auf Basis eines Peer-to-Peer-Systems. Bitcoin realisiert zwei zentrale Features. Erstens kann Geld direkt vom Sender

zum Empfänger übermittelt werden. Es funktioniert in diesem Punkt wie Bargeld und nicht wie eine Kreditkarte, die immer über mehrere vermittelnde Instanzen geht – etwa Paypal, Visa/Mastercards sowie die Banken des Senders und Empfängers. Zweitens steht keine zentrale Institution dahinter, die das System kontrolliert oder sichert. Es gibt also keine Zentralbank. Diese Funktionen sind in das Protokoll selbst verlagert, welches 2008 unter einer Open Source Lizenz veröffentlicht wurde (Nakamoto 2008). Dieses Protokoll kann vollkommen dezentral implementiert werden, denn es legt von vornherein die Geldmenge fest, die neu ins System eingefügt werden kann. Da neues Geld "drucken" und Sicherungsmechanismen technisch miteinander verknüpft sind, trägt jede Bemühung, neues Geld zu schöpfen zur Sicherung des Systems bei. Weil das Wachstum der Geldmenge festgelegt ist, wird das Geld mehr wert, je mehr Personen es nutzen. Die Währung ist also in der Tendenz deflationär. Der Geldtransfer ist weitgehend anonym, aber durch kryptographische Techniken lassen sich legitime und illegitime Bitcoins leicht unterscheiden. Die wesentliche Motivation für Bitcoins kommt aus dem Wunsch, eine Währung, ähnlich wie Gold, zu schaffen, die von Zentralbanken und Staaten unabhängig ist. Dies ist keine neue Idee, sondern seit Anfang der 1990er Jahre eine der zentralen Visionen der libertären Cypherpunks (Kelly 1993). Politisch ist die radikale Kritik an der Zentralbank, die in den USA vom republikanischen Kongressabgeordneten Ron Paul repräsentiert wird, am rechten Rand des Mainstreams angesiedelt.

Bitcoin fügt einige der wesentlichen technischen Innovationen der letzten 25 Jahre auf dem Gebiet der Verschlüsselung sehr innovativ zusammen. Es scheint, als sei zum ersten Mal eine digitale, unabhängige Währung über das Stadium des reinen Gedankenspiels herausgekommen. Im Mai 2011 kursierten rund 6.2 Millionen bitcoins (diese Menge ist allerdings nicht sehr aussagekräftig, denn sie ist von vornherein im Protokoll definiert). Interessanter ist hier der Wert der Bitcoins, der momentan bei rund \$18 pro Bitcoin gehandelt wird.[8] Der Kurs ist in den letzten Monaten rasant gestiegen, was bedeutet, dass das Interesse an den Bitcoins stark zugenommen hat. Zu Beginn des Jahres stand der Kurs

noch bei unter \$2 / Bitcoin. Wesentlich zum gestiegenen Interesse an Bitcoin beigetragen haben die Ereignisse rund um WikiLeaks (Kerr 2010). Die US-Regierung versuchte, das Projekt zu zerstören, indem die Finanzierungswege, allen voran Spenden mittels Kreditkarte und Banküberweisungen, unterbrochen wurden, obwohl es keine rechtskräftige Verurteilung, ja nicht einmal eine Anklage gegen WikiLeaks gab.

Die beiden Projekte halten allerdings Abstand zueinander, wohl deshalb, weil sie bereits so wie sie sind sehr umstritten sind und Gefahr laufen, verboten zu werden. Denn sollte Bitcoins tatsächlich weiter wachsen und zu einer realen, weitverbreiteten Währung werden, würde das zunächst symbolisch und dann eventuell auch real eine ernsthafte Bedrohung der staatlichen Kontrolle der Wirtschaft bedeuten, nicht nur weil quasi anonyme Zahlungen möglich sind, sondern auch, weil die Zentralbanken keinen Einfluss mehr auf die Geldmenge nehmen könnten und damit ein wesentliches makro-ökonomisches Steuerungsmittel verloren ginge. Diese Gefahren und die daraus möglicherweise sich abzeichnenden Verbotsszenarien brachten etwa den deutschen Bundesverband Digitale Wirtschaft dazu, seinen Mitgliedern von der Nutzung von Bitcoin als Zahlungsmittel abzuraten, denn, so der Verband, „Bitcoins besitzen das Potenzial, der gesamten Gesellschaft durch Steuerhinterziehung, Geldwäsche oder illegale Geschäfte nachhaltig zu schaden“ (Bundesverband Digitale Wirtschaft 2011). Ein ungewöhnlicher Schritt, denn die Bitcoin-Ökonomie ist nach wie vor sehr klein, aber es zeigt, dass sie kurz davor stehen könnte, die Schwelle zum Mainstream zu überschreiten und dass dies einige Akteure bereits nervös macht. Das nächste Jahr wird hier wohl entscheidende Weichenstellungen bringen.

Ausblick

Der Medienaktivismus hat sich einerseits durchgesetzt, andererseits steht er vor radikalen neuen Herausforderungen. Er hat sich insofern durchgesetzt, als heute jedes politische Projekt auch auf der Ebene der Medien ausgetragen wird und die neuen Medien zentrales Werkzeug jeder politischen Kampagne geworden sind. Die Herausforderungen sind dadurch für eine emanzipatorische Politik nicht kleiner geworden. Zum einen besteht die Gefahr, dass Projekte in der Nische stecken bleiben. Das muss nicht immer schlecht sein, kann aber dazu führen, dass sie kaum mehr an eine weitere Öffentlichkeit dringen können und damit politisch irrelevant bleiben. Hier sind dringend neue Formen strategischer Allianzen gefragt. Zum anderen haben die Ereignisse des letzten Jahres gezeigt, dass die kommerziellen Infrastrukturen zwar die horizontale Vernetzung vorantreiben und damit dezentrale Organisationsformen erleichtern, aber auch neue Kontrollpunkte einführen und nutzen. Eine neue Klasse politischer Technologie-Projekte hat diese Gefahr nicht nur erkannt, sondern entwickelt aktiv Lösungen. Einige davon, allen voran Bitcoin, könnten sehr weitreichende Konsequenzen haben, deren Ausmaß noch schwer abzuschätzen ist, insbesondere, was die politischen Implikationen betrifft. Allen gemeinsam zeigen aber deutlich, dass die Auseinandersetzung um die Seele des Internets noch nicht entschieden ist und dass relevante Strategien und Technologien gegen die Kommerzialisierung und Kontrolle entwickelt werden können.

Literatur:

Anderson, Chris (2006). *The Long Tail: Why the Future of Business Is Selling Less of More*. New York: Hyperion.

Benkler, Yochai; Shaw, A. (2010). *A Tale of Two Blogospheres: Discursive Practices on the Left and Right*. Berkman Center for Internet & Society. http://cyber.law.harvard.edu/publications/2010/Tale_Two_Blogospheres_Discursive_Practices_Left_Right.

Belsky, Leah; Kahr, Byron; Berkelhammer, Max, Benkler Yochai (2010). *Everything in Its Right Place: Social Cooperation and Artist Compensation*. 17 Mich. Telecomm. Tech. L. Rev. 1. URL: http://www.mttl.org/vorseventeen/belsky_kahr_berkelhammer_benkler.pdf

Bundesverband Digitale Wirtschaft (2011). *BVDW warnt Verbraucher und Händler vor Bitcoins als Zahlungsmittel*, Pressemeldung (1. Juni).

Fisher, William W. (2004). *Promises to Keep: Technology, Law, and the Future of Entertainment*. Stanford, CA: Stanford University Press.

Hart, Michael; Negri, Antonio (2010). *Common Wealth. Das Ende des Eigentums* (trans: Thomas Atzert, Andreas Wirthensohn). Frankfurt a.M.: Campus Verlag

Kelly, Kevin (1993). *Cypherpunks, E-Money, and the Technologies of Disconnection*. *Whole Earth Review* (Summer). No. 79, 40-59. URL: <http://www.wholeearth.com/issue-electronic-edition.php?iss=2079>

Keir, Thomas (2010). *Could the Wikileaks Scandal Lead to New Virtual Currency?* pcworld.com (11. Dez).

- Kleiner, Dmytri (2010). *The Telekommunist Manifesto*. Amsterdam: Institute of Network Cultures.
- Manovich, Lev (2009). *Auf den Spuren der globalen digitalen Kulturen. Kulturanalytik für Anfänger*. In: Becker, Konrad; Stalder, Felix (Hg). *Deep Search. Politik des Suchens jenseits von Google*. Innsbruck, Wien: Studienverlag, 211-236.
- Medosch, Armin (2003). *Freie Netze. Geschichte, Politik und Kultur offener WLAN-Netze*. Hannover, Heise.
- Nahon; Karine; Hemsley, Jeff (2011). *Political Blogs and Content: Homophily in the Guise of Cross-Linking*. pre-puplication. *Journal of Computer-Mediated Communication (JCMC)* <http://ekarine.org/wp-admin/pub/HomophilyCross-LinkingJCMC.pdf>
- Nakamoto, Satoshi (2008) *Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System*. (<http://www.bitcoin.org/bitcoin.pdf>)
- Negroponte, Nicolas (1995). *Being Digital*. New York: Alfred A. Knopf.
- Sharad Goel, Jake M. Hofman, Sébastien Lahaie, David M. Pennock, and Duncan J. Watts (2010): *Predicting consumer behavior with Web search*. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, September 27. PNAS 2010 : 1005962107v1-5.
- Shirky, Clay (2008). *Here Comes Everybody: The Power of Organizing Without Organizations*. New York: Penguin Press
- Stalder, Felix (2008) *30 Years of Tactical Media*. In: Kuda.org/Curcic, Branka und Pantelic, Zoran (Hg.): *Public Netbase: Non Stop Future - New practices in Art and Media*. Frankfurt am Main: Revolver - Archiv für aktuelle Kunst: 190-195.
- Stalder, Felix (2011). *Nachahmung, Transformation und Autorfunktion*. In: Kroeger, Odin, Günther Friesinger, Paul Lohberger, Eberhard Ortland und Thomas Ballhausen (Hg). *Geistiges Eigentum und Originalität: Zur Politik der Wissens- und Kulturproduktion*. Wien: Turia + Kant, 19-32.

Sunstein, Carl (2001). Republic.com. Princeton: Princeton University Press.

Taylor, Chris (2011). Why not call it a Facebook revolution“ CNN, 24. Februar <http://articles.cnn.com/>

Zittrain, Johnathan (2008). The Future of the Internet – and how to Stop it. New Haven & London: Yale University Press.

[1] <http://www.cbn.com/cbnnews/insideisrael/2011/March/Facebook-Third-Palestinian-Intifada-Stays1/>

[2] <https://anticutsspace.wordpress.com/2011/04/29/political-facebook-groups-deleted-on-royal-wedding-day/>

[3] <http://www.businessinsider.com/how-lieberman-got-amazon-to-drop-wikileaks-2010-12>

[4] <http://www.freedomboxfoundation.org/learn/>

[5] https://secure.wikimedia.org/wikipedia/en/wiki/Plug_computer

[6] <http://www.kickstarter.com/projects/721744279/push-the-freedombox-foundation-from-0-to-60-in-30>

[7] <http://www.bitcoin.org>

[8] <https://mtgox.com/trade/history>